

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Sozialdemokratie und Wohnungsbau.

### Debatte im Landtag. - Unsere Forderungen.

Der Landtag beriet heute den sozialdemokratischen Antrag über Förderung des Wohnungsbaus im Jahre 1927. Damit verbunden wurde ein kommunistischer Antrag gegen die Lockerung des Mietergesetzes für Großwohnungen. Zur Begründung unseres Antrages nimmt das Wort:

Abg. Lüdemann (Soz.):

Im Januar 1926 ist das Wohnungsbauprogramm vom Landtag einstimmig angenommen worden. Dadurch ist die Notwendigkeit des Wohnungsneubaus von allen Seiten anerkannt. Was hat die Staatsregierung nun inzwischen zur Verwirklichung des Wohnungsneubaus getan? Wieviel Kleinwohnungen sind im verflochtenen Jahre fertiggestellt worden? Leider sind die Richtlinien des Ministers Hirscher über Vergebung von Hauszinssteuervergünstigungen viel zu spät herausgekommen. Dadurch hat sich die Vornahme von Neubauten bis in die Mitte des Jahres verzögert. Trotz der großen Arbeitslosigkeit ist die dadurch mögliche Einstellung von Facharbeitern durch kostbare Monate hindurch ungebührlich hinausgeschoben worden.

Welches Programm hat die Staatsregierung zur Durchführung des von allen Seiten anerkannten Wohnungsneubaus für die nächsten Jahre aufgestellt? Was darüber bekannt wurde, ist außerordentlich dürftig.

Dafür ist die Öffentlichkeit peinlich überrastet worden durch die Maßnahmen des Wohlfahrtsministers zur Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft ab 1. Dezember dieses Jahres.

Es handelt sich dabei um die sogenannten teuren Wohnungen und um gewerbliche Räume. Unserer Auffassung nach wird diese Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft dazu führen, daß ein großer Teil der Inhaber von teuren Wohnungen durch Aufgabe derselben die übergroße Nachfrage nach den so knappen Kleinwohnungen noch verstärkt.

Soll diese Maßnahme eine Konzession an die Hausbesitzer sein oder kann der Minister sachliche Gründe dafür anführen?

Wir fordern, daß beim Wohnungsneubau jede private Bereicherung ausgeschlossen wird. Bei Vergebung von Hauszinssteuervergünstigungen muß zur Bedingung gemacht werden, daß die Mieten möglichst niedrig zu halten sind. Unser Antrag stellt in seinen einzelnen Teilen eine Unterstützung des auch von der Regierung begünstigten Wohnungsbauprogramms dar. Wir warnen aber den Minister vor Mieterhöhungen, die in dieser Zeit der Wirtschaftskrise und Erwerbslosigkeit eine unsoziale Belastung der notleidenden Massen bedeuten würde. Es gibt andere Mittel, die Ergiebigkeit der Hauszinssteuer und damit den Wohnungsneubau zu steigern.

Wir fordern deshalb erneut die Heranziehung der Landwirtschaft, die bisher von der Hauszinssteuer freigebblieben ist. Wir fordern weiter, daß die Erträge der Hauszinssteuer ihrer eigentlichen Zweckbestimmung zugeführt werden, d. h. für den Wohnungsbau.

Es ist unmöglich, daß die für diesen Zweck ausgebrachten Mittel zu anderen Staatsaufgaben verwendet werden. Auch müssen die von den Sparkassen und Banken in steigendem Maße angeammelten Mittel mehr als bisher für diesen Zweck verwendet werden, statt daß ungeheure Summen jährlich zur Belegung der Büchereien fließen.

Wir brauchen den Bau von Massenwohnungen. Damit muß im neuen Jahr zeitiger begonnen werden als im alten. Die Durchführung unseres Antrages wird auch den Bau einer größeren Anzahl von Wohnungen bringen als bisher. Möge der Wohnungsausschuß in der jetzt eintretenden Parlamentarispause bis zum Wiedereintritt des Hauses im Sinne unseres Antrages fruchtbarere Arbeit leisten. (Beifolger Beifall b. d. Soz.)

Die Debatte wird fortgesetzt.

## Das neue Strafgesetzbuch.

### Nicht Vergeltung, sondern Besserung und Sicherung!

Von Dr. Gustav Radbruch.

Es bildet sich um den Entwurf des Strafgesetzbuchs herum nachgerade eine Stimmung, die ich für verkehrt und bedrohlich halte.

Man beginnt zu vergessen, daß dieser Entwurf das Ergebnis von mehr als einem Vierteljahrhundert strafrechtsreformerischer Arbeit ist, daß seine Grundgedanken jahrzehntelang als undurchführbar radikal verschrien waren und sich erst mühsam durchsetzen mußten, und daß diese Grundgedanken in den Lehren des großen Kriminalisten Franz v. Liszt ihren sozialistischen Auffassung von Verbrechen und Strafe eng verwandten Hintergrund haben.

Welches sind diese Grundgedanken? Nicht Vergeltung, sondern Besserung und Sicherung! Weitgehende Zurückdrängung der Freiheitsstrafe! Milderungsrechte des Richters, häufig bis herab zur Strafflosigkeit! Fortbildung des bedingten Straferlasses aus einer Gnadenmaßregel zu einer Rechteinrichtung! Neben, ja an Stelle der Strafe ein ganzes System nicht strafartiger Maßregeln: Unterbringung des nicht oder nicht voll zurechnungsfähigen und gemeingefährlichen Verbrechens in einer Heil- und Pflegeanstalt, Unterbringung des trunksüchtigen Verbrechens in einer Trinkerheilanstalt, Sicherungsverwahrung des unverbesserlichen Berufsverbrechens! Schließlich auf der Grundlage der Strafrechtsreform eine Strafvollzugsreform, die folgerichtig auf den Gedanken der sozialen Heilung eingestellt, die Freiheitsstrafe im Sinne des „Vollzugs in Stufen“ ausgestaltet! Ich sollte meinen, das alles wäre Geist von unserem sozialistischen Geiste.

Freilich: ein Strafrecht, das die Strafe zu einer sozialen Behandlungsmethode macht, kann nicht umhin, dem Richter die Möglichkeit zu gewähren, diese Behandlungsmethode dem Einzelfalle anzupassen. Ein soziales Strafrecht legt die Befreiung des Richters von manchen Fesseln des Tatbestandes und des Strafrahmens voraus, die ihn heute binden. Und hier liegt der Widerspruch gegen den Entwurf ein.

Es bildete sich eine Organisation, die Strafrechtliche Gesellschaft, die sich die Bekämpfung des Strafgesetzentwurfs unter dem Gesichtspunkt der zu weitgehenden Richterfreiheit zur besonderen Aufgabe macht. Es waren die alten Vertreter der Vergeltungsstrafe, die sich in dieser neuen Organisation zusammenfanden, aber man sagte nicht mehr „Vergeltungsstrafe“, sondern „Rechtsstrafe“ und führte den Kampf gegen die moderne Besserungs- und Sicherungsstrafe des Entwurfs vom Standpunkt des Rechtsstaats, der Rechtssicherheit, des Schutzes der Bürger vor richterlicher Willkür und richterlichem Irrtum. Auch Parteigenossen haben auf diesen rechtsstaatlichen Köder angebissen, mit dem man für die Vergeltungsstrafe angeln ging. Schon die Kampfgenosenschaft, in die sie damit gerieten, sollte sie irren machen.

Man macht geltend, von einer Strafrechtsreform, welche das richterliche Ermessen in diesem Maße freilege, dürfe nicht die Rede sein, so lange nicht die gegenwärtige Vertrauenskrise der Justiz überwunden sei. Ich habe schon auf dem Kölner Juristentage gesagt, das heiße eine Jahrhundertfrage mit einer Frage verknüpfen. Ich stehe nicht im Verdacht, die Justizkrise auf die leichte Schulter zu nehmen, ich war unter den Ersten, welche die öffentliche Aufmerksamkeit auf diesen Gefahrenherd lenkten. Ich glaube also vor Mißverständnissen gesichert zu sein, wenn ich sage, daß ich allererst Anfänge zur Überwindung jener Krise feststellen zu können meine. Man beginnt endlich auch innerhalb der Justiz den Schaden zu erkennen und anzuerkennen. Noch vor vier Jahren, auf dem Bamberger Juristentage, konnte ein hoher preussischer Staatsbeamter die Vorwürfe gegen die Justiz als „hysterisches Geschrei“ abtun. Man vergleiche damit die ersten Worte, die auf dem Kölner Juristentage Geheimrat Kahl der Vertrauenskrise gewidmet hat.

Bei föhlichen Erkrankungen ist Krankheitseinsicht ein erster Vorbote der Heilung. Viele Zeichen zeigen die fortschreitende Befestigung der Republik und der Demokratie im Bewußtsein der Nation. Mit dem zunehmenden Bewußtsein der Unwiderruflichkeit des neuen Staates wird auch die Justizkrise überwunden werden.

Ähnliche wie die jetzigen Befürchtungen wurden laut, als die Emminger-Verordnung über den Strafprozeß die Anklagepflicht durchbrach und in geringfügigen Fällen die Verfolgung in das freie Ermessen der Behörden stellte, wohl auch als das Jugendgerichtsgesetz dem Richter eine erheblich weitergehende Freiheit gewährte, als es jetzt der Strafgesetzentwurf beabsichtigt. Ich habe nicht gehört, daß diese Befürchtungen politisch tendenziöser Handhabung der gewährten Ermessensfreiheit sich bestätigt hätten.

Schließlich aber und endlich: ist es überhaupt angängig, die umfassende Frage der Strafrechtsreform einseitig unter dem enghörigen Gesichtswinkel des politischen Delikts zu betrachten? Man sollte den Entwurf nicht nur nach dem (gut gerechnet) einen unter tausend Fällen beurteilen, in dem er vielleicht gewisse Gefahren (Gefahren, gegen die kein Gesetz ganz gesichert werden kann) enthalten könnte, sondern auch nach den anderen 999 Fällen, in denen er unweifelhaft Segen stiften wird.

Gewiß: in einer klassenmäßig geschichteten Gesellschaft wird die Last auch des besten Strafrechts immer wesentlich auf die Schultern der unterdrückten Klasse fallen, kann jeglicher

## Westarp in Verlegenheit.

### Sein Angriff abgeschlagen. - Hoffnung auf die Kommunisten. - Auch sie machen Kompromisse!

„Reichspolitik unter Sozialistenkontrolle.“ - „Die roten Drahtzieher.“ - „Kotau gegen links?“ - Diese und andere Uberschriften, die man heute auf der ersten Seite der Berliner Reichspresse findet, sprechen nicht gerade dafür, daß die große Koalitionsattacke des Grafen Westarp zu besonders glänzenden Ergebnissen geführt hat.

Es ist vorläufig wenigstens doch ganz anders gekommen, als der gräßliche Oberbefehlshaber es sich gedacht hatte. Er wollte die Regierung stürzen. Das ist ihm nicht gelungen. Er wollte den geregeltsten Gang der parlamentarischen Arbeiten so lange unterbinden, bis die Mittelparteien die weiße Fahne aufzogen und ihn in die Festung hineintreiben. Das ist ihm auch nicht gelungen. Vielleicht hat er gedacht, sein Vorgehen würde zunächst zur Großen Koalition führen, und nach ihrem Sturz würde die Stunde für ihn gekommen sein. Das ist ihm aber wieder nicht gelungen. . . .

Vorgestern hieß es noch: „Der Graf hat es befohlen!“ Der Soldat denkt nicht, er gehorcht. Heute beginnen wohl die deutschnationalen Mannschaften schon im Stillen darüber nachzudenken, ob man unter dieser Führung etwas anderes erreichen kann als lächerliche Blamagen.

Den Trost haben die Deutschnationalen allerdings: Was jetzt eingeleitet worden ist, ist nur ein Versuch. Ob er gelingen wird, steht dahin. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion verlangt keine Ministerposten, aber mehr Rücksicht auf ihre sachlichen Argumente bei der Behandlung von Gesetzesvorlagen. Sie will versuchen, sich mit den Mittelparteien von Fall zu Fall über das Höchstmäß des augenblicklich Erreichbaren zu verständigen - gelangt diese Verständigung, dann wird sie keine Anträge mehr stellen, die über das Vereinbarte hinausgehen, und solche Anträge, wenn sie von anderer Seite kommen, ablehnen.

Gelingt der Versuch, so wird zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten eine „Arbeitsteilung“ in folgender Form entstehen: Die Sozialdemokraten werden in mühevollen Verhandlungen mit der Regierung und den Mittelparteien das Erreichbare für die arbeitenden Massen herauszuholen suchen; die Kommunisten werden dazu die Musik machen und „Arbeitererrat!“ schreien.

Das ist aber schließlich auch nichts neues. Die Deutschnationalen überschätzen den Wert der Hilfe, die ihnen von den Kommunisten kommen kann.

Die neue Aera der Verständigung kann naturgemäß nur eine Aera von Kompromissen sein. Mit einem Kompromiß ist sie eingeleitet worden. Ihre erste Frucht war die Einstellung des Prozesses gegen die R.P.D.-Zentrale bis zum nächsten Sommer!

Die Sozialdemokratie hatte sich darum bemüht, die gänzliche Einstellung zu erreichen. Als sich herausstellte, daß dies nicht erreichbar sei, einigte man sich auf Einstellung bis zum Sommer 1927. Also, ein Kompromiß, wie es im Buche steht!

Undes darf hinzugefügt werden, daß die Kommunisten dieses Kompromiß keineswegs bekämpften, sondern daß sie die Sozialdemokraten in ihrem Bestreben, es zu erreichen, in verständnisvoller Weise unterstützten. Zu

diesem Zweck verzichteten sie sogar auf jeden parlamentarischen Skandal. Es hat seit der Wiedereröffnung des Reichstags keine mustergültigeren Parlamentarier gegeben als die Kommunisten.

Diese Erfahrung berechtigt zu der Hoffnung, daß die Kommunisten in Zukunft auch dann Verständnis für Kompromißverhandlungen mit den bürgerlichen Mittelparteien beweisen werden, wenn es sich nicht um das persönliche Schicksal einzelner Abgeordneten, sondern um Arbeiterinteressen handelt.

## Eine Irreführung.

Das Nachrichtenbureau des Vereins deutscher Zeitungsverleger veröffentlicht irreführende Behauptungen über die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Es kann keine Rede davon sein, daß die Haltung der Fraktionsvertreter, die gestern mit dem Reichskanzler eine Aussprache hatten, der Meinung der Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion nicht entspreche. Eine Abstimmung hat in der gestrigen Sitzung der Reichstagsfraktion überhaupt nicht stattgefunden; ein Antrag war von keiner Seite gestellt worden.

## Deutsch-tschechische Zusammenarbeit.

### Von den Sozialdemokraten beschlossen.

Prag, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) Kommunistische und bürgerliche Blätter meldeten vor einigen Tagen den Abbruch der Verständigungsverhandlungen zwischen der tschechischen und deutschen Sozialdemokratie. Diese Meldung ist aus der Luft gegriffen und das wird am besten durch folgendes am Donnerstag von den beiden Parteien ausgegebene gemeinsame kommunique bemessen: „Die parlamentarischen Ausschüsse der Klubs der tschechoslowakischen und der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren traten heute im Abgeordnetenhause zu einer Besprechung zusammen, um über die Frage der Zusammenarbeit auf parlamentarischem Boden zu beraten. Nach eingehender Aussprache und Darlegung der gegebenen Situation und der beiderseitigen Auffassungen wurde die Notwendigkeit eines parlamentarischen Zusammengehens und der künftigen Fühlungnahme ausgesprochen und die Bereitschaft hierzu festgestellt. In diesem Zusammenhang wurde dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß auch in jenen Fällen, in denen gewisse politische Notwendigkeiten eine abweichende Stellungnahme zu einzelnen parlamentarischen Fragen erfordern, eine Aussprache zur Klärung der beiderseitigen Auffassung herbeigeführt werden möge.“

## Amerikanischer Öl-Imperialismus.

### Ultimative Note an Mexiko.

Paris, 12. November. (M.D.) Wie „New York Herald“ aus Washington berichtet, hat das amerikanische Staatsdepartement an den Präsidenten Calles eine Note gerichtet, wegen des mexikanischen Gesetzes über die Devisen. Diese Note komme praktisch einem Ultimatum gleich und stelle die sofortige Zurücknahme der Anerkennung der mexikanischen Regierung durch Amerika in Aussicht, falls Präsident Calles nicht Schritte zur Revision der betreffenden gesetzlichen Maßnahmen unternehme.



Strafrecht höchstens ein relativ gutes Strafrecht sein. Gewiß: auch der vorliegende Entwurf ist unvollkommen. Er ist zurückrevidiert worden hinter den Entwurf, der im Jahre 1922 während meiner Amtszeit dem Reichskabinett vorgelegt wurde, und wird wohl im Reichsrat noch weiter zurückrevidiert werden. Er bedarf überhaupt einer genauen Überprüfung in allen Einzelheiten, namentlich seines besonderen Teiles.

Nur dies möchte ich verheißt wissen, daß sich schon vor der Befassung der maßgeblichen Parteiglieder mit dem Entwurf in Parteikreisen, die schwer überwindliche Stimmung bilde, dieser Entwurf sei ein durch und durch reaktionäres Nachwerk und in Bausch und Bogen von vornherein abzulehnen. Davor sollte er, meine ich, schon durch seine Vorgeschichte geschützt sein.

## Der Richter und die Verfassung.

### Ein unglaubliches Maß von Gesetzsunkennis.

Die Landtagsabgeordnete Genossin Wohlgemuth war nach einer Veranlassung in Freystadt i. O. in ein Gespräch mit dem Bürgermeister gekommen. Von einem anderen Tische her wurde die Genossin in schamloser Weise beleidigt. Sie erhob gegen den nationalsozialistischen Ehrabschneider Privatklage wegen Beleidigung, worauf dieser gegen die Genossin Wohlgemuth Widerklage, ebenfalls wegen angeblicher Beleidigung, einreichte. Die Klageschrift war bezeichnet: „Privatklage der Landtagsabgeordneten Frau Wohlgemuth“ und ging am 30. Januar 1926 beim Amtsgericht ein. Die Gegenklage datiert vom 17. Februar. Obgleich nun das Amtsgericht wissen mußte, daß ohne Aufhebung der Immunität gegen die Abgeordnete das Strafverfahren nicht eingeleitet werden durfte, ist am 27. März das Hauptverfahren auf die Widerklage auch gegen die Abgeordnete eröffnet worden und Termin zur Hauptverhandlung von Klage und Widerklage auf den 20. April anberaumt. Dazu wurden sieben Zeugen geladen.

Am 3. April wird die Abgeordnete als Angeklagte vom persönlichen Erscheinen an Gerichtsstelle entbunden und der Bescheid mit der Aufschrift: „An die Landtagsabgeordnete Frau W.“ versehen. Das verfügt der Amtsrichter, merkt aber immer noch nicht — oder will es nicht bemerken? —, daß er eine durch Immunität geschützte Abgeordnete vor sich hat!

Endlich macht die Genossin Wohlgemuth am 13. April das Amtsgericht noch besonders darauf aufmerksam, daß sie Abgeordnete, die Immunität nicht aufgehoben und deshalb die Widerklage unzulässig sei. Darauf wird am 15. April der Termin nicht nur gegen die Genossin Wohlgemuth, sondern auch gegen den Beleidiger aufgehoben. Und nun bittet das Amtsgericht in einem Schreiben an den Landtag, zu entscheiden, ob die Immunität aufgehoben werden soll oder nicht.

Dieses Schreiben mit der Unterschrift des Amtsrichters gelangt schließlich auf dem Dienstwege an das Justizministerium, das nun den einzig richtigen Bescheid erteilt, daß es dem Widerkläger überlassen bleiben müsse, selber eine Enschließung des Landtages herbeizuführen. Das ist nun auch geschehen, und der Ausschuss für die Geschäftsordnung hat den Antrag auf Aufhebung der Immunität abgelehnt.

Bemerkenswert für die Achtung der Verfassungsbestimmungen ist hierbei, daß erst das Justizministerium die Entscheidung treffen mußte. In dem Antrag an den Landtag, den das Amtsgericht auf dem Dienstwege weitergab, ist ausdrücklich von dem Privatklageverfahren gegen die Abgeordnete die Rede. Mußte da nicht schon der Landtagspräsident oder, wenn er es nicht wollte, wenigstens der Oberlandesgerichtspräsident das Amtsgericht dahin bescheiden, daß im Privatklageverfahren nicht das Amtsgericht, sondern der Privatkläger oder Widerkläger die Stellung des Staatsanwalts hat, und daß er selbst die Hindernisse zu beseitigen hat, die einer Bestrafung der Abgeordneten entgegenstehen?

Mußte nicht der Landtagspräsident, als ihm das Schreiben des Amtsrichters vorgelegt wurde, den Amtsrichter über seine rechtswidrigen Handlungen wenigstens belehren?

Der Richter ist zwar unabhängig, aber er ist doch dem Gesetz unterworfen. Das heißt doch wohl auch, daß er nur gesetz-

mäßig handeln darf. Die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen die Abgeordnete ist ein Verstoß gegen Artikel 37 der Reichsverfassung und daher nicht gesetzmäßig. Das hätte der Landgerichtspräsident und der Oberlandesgerichtspräsident feststellen müssen, wenn sie nur einen Blick in die Akten hineingeworfen hätten.

Es ist wohl auch die beschiedene Frage erlaubt: Was geschieht mit dem Herrn Amtsgerichtsrat, der so wenig die Gesetze kennt?

## Reichstag im Rundfunk.

### Alle Wähler sollen zuhören können!

Die Berliner Funkstunde will im Reichstagsaal Mikrophone einbauen. Ihr Besuch liegt dem Ausschuss vor.

Nach der Verfassung sind die Verhandlungen öffentlich. Es entspricht dem Geist der Verfassung, wenn jede Möglichkeit, die Verhandlungen einem weiteren Kreis zugänglich zu machen, ausgenutzt wird.

Wird der Plan durchgeführt, so wird jedermann, dem ein Apparat und die nötige Zeit zur Verfügung steht, die Reichstagsverhandlungen von Anfang bis zum Ende verfolgen können.

Ob von dieser Möglichkeit regelmäßig und allgemein Gebrauch gemacht werden wird, ist eine andere Frage. Wahrscheinlich würden die Wähler bald bemerken, was die Abgeordneten schon längst wissen, daß nicht jede Reichstagsdebatte für alle interessant ist und daß es unmöglich ist, alle Materialien, die im Reichstag behandelt werden, mit gleichgespannter Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Aber wenn im Reichstag regelmäßig „zum Fenster hinaus“ geredet werden soll, kann das vielleicht dazu führen, daß kürzer geredet und auf die Form der Rede mehr Gewicht gelegt wird.

Dann würde die neue Einrichtung auch ein Segen für die Hörer im Sitzungssaal sein!

## Gefängnis für völkische Verleumder.

### Der Angeklagte bettelt um Gnade.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte hatte sich heute unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Gail der Redakteur des „Deutschen Tageblattes“ Dr. Lippert wegen verleumderischer Beleidigung und übler Nachrede zu verantworten. Dr. Lippert hatte in seine Zeitung einen Artikel aufgenommen, der scharfe Angriffe gegen den Ministerialrat Dr. Schönebeck aus dem Finanzministerium enthielt. Der Artikel war betitelt „Was ist mit Schönebeck? Neuer Korruptionsfall.“ Um die Verantwortung von sich von vornherein abzumägen war eingangs des Artikels zu lesen, daß sein Inhalt der Redaktion von einem deutschvölkischen Reichstagsabgeordneten mitgeteilt sei. Es hieß da, daß Schönebeck Diebstähle aus kaiserlichen Beständen begangen habe, daß er ein typischer Revolutionsgewinnler und Schieber sei. Ferner wurde in der anzüglichen Weise seine jüdische Abstammung glosiert und seine Verwandten wurden unter Nennung ihrer Adressen und Namen aufgezählt.

In der heutigen Hauptverhandlung legte Dr. Schönebeck dar, daß von all den Behauptungen kein Wort wahr sei. Der Staatsanwalt beantragte sechs Monate Gefängnis. Der Angeklagte bat um mildernde Umstände und berief sich als strafmildernd unter anderem darauf, daß er bei seiner Stellung bis heute fertig bekommen habe, unbestraft davonzukommen. (!) Das Gericht verurteilte Dr. Lippert zu einem Monat Gefängnis. In der Begründung führte der Vorsitzende aus, daß der Artikel ein unglaublich schmutziges Pamphlet darstelle und daß er indirekt auch Angriffe gegen die Behörde und den Staat enthalte.

**Spionage in Ostpreußen.** Innerhalb der letzten drei Monate sind vom Straßensatz des Oberlandesgerichtes Königsberg fünf Personen wegen verurteilter Spionage bzw. Verrates militärischer Geheimnisse verurteilt worden. Die strafbaren Handlungen waren zugunsten polnischer Spionageorganisationen begangen worden. Eine größere Zahl weiterer Spionagedelictanten befindet sich der Mitteilung zufolge noch in Haft und sieht der Urteilsabteilung entgegen.

## Die DPs. in Opposition.

### Offene Stellungnahme gegen Pilsudski.

Warschau, 12. November. (Ost-Expres.) Das Zentralkomitee der polnischen sozialistischen Partei macht heute öffentlich bekannt, daß die Partei beschlossen hat, zur Opposition gegen die Regierung überzugehen. In der Erklärung der Partei wird besonders darauf hingewiesen, daß die letzten Maßnahmen der Regierung auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, ihr Verhalten gegenüber dem Sejm und den demokratischen Grundgesetzen und die Verletzung der Verfassung durch das neue Pressekriegsdekret die Partei zu diesem Schritt veranlaßt haben.

Zu dieser Kampfanzeige unserer polnischen Genossen gegen ihren früheren Mitkämpfer Pilsudski haben sicherlich auch die Vorgänge von Riezwiej (sprich Rzeszowiec) beigetragen. Dort hat Pilsudski, auf dem Schloß der Radziwills, sich mehrere Tage aufgehalten und zugleich waren dort die Häupter einer ganzen Anzahl altadliger Großgrundbesitzerfamilien. Die Verfassung der Republik Polen hat zwar nicht nur die Vorrechte des Adels, sondern auch seine Titel, wie Fürst, Graf usw., abgeschafft, aber er ist im Besitz seiner ungeheuren Ländereien geblieben und verfügt dementsprechend über eine bedeutende wirtschaftliche und damit auch politische Macht. Pilsudskifreundliche Leute behaupten, daß jene Zusammenkunft dazu bestimmt gewesen sei, die Finanzkräfte der Grundherren für den Pilsudskischen Wahlfonds mobil zu machen, damit die Parlamentswahlen im kommenden Frühjahr entsprechend beeinflusst werden können; auch will man in jenen Besprechungen eine Aktion sehen, die bestimmt gewesen wäre, den kongresspolnischen Adel von seinen weniger pilsudskifreundlichen Standesgenossen in Galizien und ganz besonders in Pomerellen abzutrennen. Mögen diese Zweckbestimmungen ganz oder teilweise zutreffen — es gibt daneben noch berechtigte und durch recht verlässliche Informationen verstärkte Vermutungen nach der Richtung, daß gewisse monarchistische Bestrebungen in Polen sich Pilsudski anschließen und in ihm ohne Gefahr späterer Enttäuschung ihren Mann zu sehen glauben. Nicht so, als ob Joseph Pilsudski etwa selbst König von Polen werden wollte, aber etwa in dem Sinne, daß eine Regentschaft oder Reichsverweserschaft Pilsudskis ausgerufen werde, die nach orthodox-ungarischem Beispiel die Zwischenzeit bis zur Errichtung der Monarchie ausfüllen solle.

Zunächst haben die Riezwiejer Gefährten Pilsudskis eine neue Partei gegründet, die sich nach bewährtem preußischen Zerknirschmuster auch Volkspartei nennt. Sie wird bei den kommenden Wahlen schon auftreten, an Geld wird es ihr nicht fehlen und — so wenigstens ist die Rechnung — auch nicht an Wahlhilfe des Militärs, der Verwaltung und der Pilsudskischen Schützengemeinschaften!

## Verhaftung in Rom.

### Der slowenische Abgeordnete Bilfan.

Nach Meldungen aus Belgrad wurde in Rom der slowenische Abgeordnete Dr. Joseph Bilfan verhaftet. Diese Nachricht hat in Jugoslawien große Erregung hervorgerufen. Zugleich wird gemeldet, daß gegen den zweiten jugoslawischen Abgeordneten Mariens, Dr. Besednjak in Görz, saskische Plots angehängen wurden, in denen er gewarnt wird, nach Italien zurückzukehren, wenn ihm sein Leben lieb sei.

Diese Verhaftungen und Drohungen gehen nicht nur Jugoslawien an, das voraussichtlich diplomatische Schritte zum Schutz seiner Minderheiten unternommen wird, sondern alle Minderheiten in Europa. Dr. Bilfan präsierte nämlich dem zweiten internationalen Minderheitentag, der im August dieses Jahres in Genf tagte. Dr. Bilfan leitete damit die Verhandlungen von Vertretern von 40 Millionen Europäern. Seine Verhaftung wird in ganz Ost- und Mitteleuropa einen lebhaften Widerhall finden und sich auf die internationale Stellung des Faschismus auswirken.

## Schikanen.

An der Universität ist es Sitte, daß die Verbindungen der Studenten in der großen Durchgangshalle schwarze Bretter aushängen, an denen sie ihre Bekanntschaften anbringen. Auch die Vereinigung sozialdemokratischer Studenten (VSS.) hatte ein Brett, das in der Größe seiner Bestimmung und Bedeutung angepaßt war. Nun entdeckte irgend jemand, daß die „politischen“ Bretter alle zu groß sind. Es existiert nämlich eine Verfügung aus dem vorigen Jahrhundert, nach der die Bretter 40 Zentimeter hoch und 30 Zentimeter breit sein können — angeblich, denn niemand hat diese Verfügung gelesen. Die bösen politischen Bretter wurden also abgenommen, das Brett der VSS. auch. Es kommt der Bescheid, das Brett sei zu groß, es dürfe nicht größer sein als die anderen Bretter.

Der Vorstand bestellt ein neues Brett nach der Größe der Bretter, die an der gleichen Wand hängen, 40 x 30. Das Brett wird nicht genehmigt. „Es hängen aber doch mehrere Bretter aus, die gerade so groß sind.“ — „Das tut nichts, das Brett wird nicht genehmigt, es übertrifft die in der Verfügung angegebene Größe.“ Der Herr Verwaltungsinспектор ist ein sehr weiser Mann, er beruft sich auf die Logik: „Wenn andere stehlen, dürft ihr noch lange nicht stehlen!“

Das Brett wird also kleiner gemacht. Es wird wieder vorgelegt, 40 Zentimeter breit, 34 Zentimeter hoch (man ist doch nicht fleischlich in solchen Dingen). Der Herr Inspektor fährt in Jörn: „Das Brett ist doch noch zu groß. Ich habe deutlich gesagt: 40 Zentimeter hoch, 30 Zentimeter breit.“ — „Es ist nun 30 Zentimeter hoch und 40 Zentimeter breit, das ist doch die gleiche Fläche.“ — „Das ist nicht richtig, 30 x 40 ist nicht 40 x 30, und überdies sind es hier 4 Zentimeter mehr!“ — „Aber andere Bretter sind doch ebenso groß!“ — „Das geht Sie nichts an. Wir lassen uns doch nicht von Kommunisten vorschreiben, was wir machen sollen!“ — „Verzeihung, wir sind keine Kommunisten!“ — „Na, dann Sozialdemokraten, das ist das gleiche!“

Das Brett wird also nicht genehmigt. In einer halben Stunde wird es wieder vorgelegt, genau 40 Zentimeter hoch, 30 Zentimeter breit. Allerdings steht die Schrift jetzt auf der Seite. Der Herr Inspektor bebt vor Wut. Er niht — es stimmt. „Aber die Schrift steht ja verkehrt!“ — „Wir haben selber kein Geld, sie ummalen zu lassen.“ Das Brett muß also dem Ausschuss vorgelegt werden, nur wegen der schlechten Schrift.

Ob das zulässig ist — oder besteht noch eine Verfügung aus grauer Zeit, die Anstoß daran nimmt?

Die Galerie Neumann & Neander, Südbühnenstraße 32, veranstaltet zu Ehren von Kandinsky, der in diesen Tagen sein 60. Lebensjahr vollendet, eine Jubiläumsausstellung seiner Werke. Die Ausstellung wird am 14. vormittags 12 Uhr mit einem Vortrag von Dr. Wil Grothmann, Dresden, „Kandinsky und seine Kunst“ eröffnet.

## Friz Kreisler über Künstlerleben.

Ein Vertreter des „Daily Express“ hat dem großen Meister der Geige, Friz Kreisler, bei seinem letzten Londoner Konzert die Frage vorgelegt: „Warum gibt es so viele unglückliche Ehen unter Künstlern?“ Der Meister wollte sich über dieses schwierige Problem nicht sofort äußern und hat lieber keine Antwort in aller Ruhe schriftlich niedergelegt.

„Die Häufigkeit unglücklicher Ehen und Scheidungen“, schreibt er, „ist in unserer Zeit der Ausdruck allgemeiner sozialer Bedingungen, durch die alle Gruppen, Kreise und Berufe in derselben Weise berührt werden, und es ist nur das grelle Licht der Öffentlichkeit, in dem der moderne Künstler zu leben gezwungen ist, das den Blickpunkt verschiebt und die Ausnahme als eine Regel erscheinen läßt. Die beliebte Anschauung, daß alle Künstler nervös, launenhaft und leicht erregt seien, ist unrichtig. Der Künstler von heute ist ebenso gut für ein glückliches häusliches Leben geeignet, wie irgend ein Rechtsanwalt, Geistlicher oder Arzt. Die letzten Jahre haben seinen hohen Wert als Vermittler zwischen den Völkern gezeigt; ja, der Künstler hat sich sogar gelegentlich in der Politik bewährt, und es gibt das Beispiel eines berühmten Musikers, der als Staatsmann seinem Lande große Dienste geleistet hat. Ich habe das Glück gehabt, viele berühmte Künstler kennen zu lernen. Die Frauen von vielen unter diesen sind bewundernswerte Beispiele der Hingabe, der Treue und Aufopferung, denn ihr Leben ist nicht immer leicht mit solchen hochgezüchteten Männern und Kindern, wie sie sich in Künstlerfamilien finden. Im Verkehr mit den Frauen und in dem Rausch des schöpferischen Schaffens sind die Künstler titanisch, zitternd von Erregung und Lebenskraft, himmelanstrebend in ihrer Leidenschaft und Esthese. Sind diese Stunden vergangen, dann fühlen sie sich oft enttäuscht und erschöpft, verzweifeln an ihrem Talent und sind manchmal hilflos wie Kinder. Wie solche müssen sie dann ermutigt und wieder ausgerichtet, gepflegt und gehätschelt werden. Da sie manchmal unglaublich weltfremd, vertrauensselig und leichtgläubig sind, so müssen ihre Frauen beständig auf der Hut sein, daß sie nicht die Beute struppeliger Finanzmänner, unvernünftiger Freunde und rücksichtsloser Verehrer werden. Es gibt manche solcher Künstlerfrauen, die, während sie sich beschelmen mit einer Stellung im Hintergrund begnügen, tatsächlich die treibenden Kräfte im Schaffen ihrer Männer sind. Ich selbst erkenne dankbar und froh an, daß ich, wenn ich nicht meine Frau mit ihrem unbezwinglichen Mut in der Überwindung aller Enttäuschungen, mit ihrem liebenden Eifer und ihrem Glauben an meinen Stern gehabt hätte, niemals in stande gewesen wäre, die Schwierigkeiten zu überwinden, die sich mir in den Anfängen meiner Laufbahn entgegenstellten, und nicht die notwendige Kraft aufgebracht hätte, um den langsamen und schweren Aufstieg zu Erfolg und Ruhm durchzuführen.“

Oskar Maria Graf las aus seinen Werken im Meisteraal zuerst aus dem „Bayerischen Geschichtenbuch“ prägnant und anekdotenhaft formulierte Erzählungen, die die Atmosphäre des bayerischen Hinterwäldertums zeigten. Graf war mit seinem ausgeprochenen Dialekt hier nicht immer leicht verständlich, doch als ungekünstelter Vortrager recht wirksam. Den Hauptteil des Abends aber füllten Kapitel aus dem zweiten Teil des Buches „Wir sind

Gefangene“. Hier interessierte nicht mehr die Art des Vortrages, auch kaum die literarische — gemiß nicht niedrig Einzelschätze — Qualität des Wortes. Was positiv war das rein Menschliche. Und darüber hinaus das gemaltige — die Geschehen, das es lebendig werden ließ: den Beginn der Revolution in München bis zur Ermordung Kurt Eisners. Graf gibt hier Stimmungsbilder ohne jeden Aufzug, von erschütternder Wahrhaftigkeit. Diese Wahrhaftigkeit dehnt er auch auf seine Person aus. Er ist kein Schönfärber, der selbst den kleinsten Menschlichkeiten noch edle Motive unterstellt. Aber wenn er selbst Berücksichtigtes ohne Entschuldigungen, nur in greller Kontrastwirkung zum Erhabenen schildert, so heißt das nicht trotzig „So bin ich“, sondern es wirkt wie eine demütige Beichte.

**Nobelpreise für Physik und Chemie.** Die schwedische Akademie der Wissenschaften hat beschlossen, den vom vorigen Jahre reservierten Nobelpreis für Physik zwischen den Professoren Frank Göttingen und Herzog-Halle zu teilen. Der Preis für 1926 für Physik wurde dem Professor an der Pariser Sorbonne, Jean Perrin, der vom vorigen Jahre reservierte Nobelpreis für Chemie dem Professor der Chemie Richard Zsigmondy-Göttingen verliehen. Den Chemiepreis für 1926 erhielt der Professor an der Universität Uppsala The Svedberg.

**Toller-Verbot in Oldenburg.** Tollers vielgespielte Tragödie „Hinkemann“ erzielte vor einigen Tagen am Stuttgarter Schauspielhaus einen von den Zeitungen aller politischen Richtungen anerkannten großen Erfolg. Selbst das extrem rechtsstehende „Deutsche Volksblatt“ kann sich der menschlichen Ergriffenheit gegenüber der Tragödie des Kriegsverstümmelten nicht verhalten. Im selbst Oktober 1926 verbietet das Oldenburgische Ministerium des Innern die Aufführung der Tragödie in Oldenburg und begründet das Verbot folgendermaßen: „Das Stück muß seinem Inhalt nach das sittliche Empfinden weiser Kreise der deutschen Theaterbesucher und sicherlich auch das Empfinden des größten Teiles, wenn nicht aller hiesigen Theaterbesucher tief verletzen, es muß verrohend und entsetzlich wirken.“ — Dem Oldenburgischen Ministerium scheint nicht bekannt zu sein, daß im Deutschen Reich eine Zensur nicht stattfindet. Ein Verbot ist nur zulässig, wenn eine unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sich aus der Aufführung ergibt.

**Riesen-Motorfahrzeuge.** Zwei Passagierschiffe, die fast den Riesen-dampfern des Mouritania-Typs an Größe und Leistung gleichkommen, werden gegenwärtig mit Rotorantrieb von der Cofulich-Linie in Triest gebaut. Wie in „Verst, Reederei, Hafen“ mitgeteilt wird, werden diese Schiffe bei einem Tiefgang von 9,14 Meter eine Geschwindigkeit von 24 Knoten besitzen. Die Maschinenleistung beträgt 42 000 Wellen-Pferdestärken, der Gesamt-Ölverbrauch wird auf 175 Tonnen pro Tag geschätzt. Als Triebkraft werden 8 10zylinderige Zweitakt-Dieselmotoren benutzt. Auf dem oberen der 10 Decks können 350 Fahrgäste 1. Klasse, 450 2., 600 3., 1300 4. Klasse und 500 Mann Besatzung untergebracht werden, so daß im ganzen 3 400 Menschen auf dem Motorship Platz finden. Ein Deck ist nur für Salons, Restaurants und Bierwirtschaftsräume eingerichtet. Auf dem hochliegenden Spordeck befindet sich auch ein Abflugplatz für zwei Flugzeuge, die mitgenommen werden.



# Kampf um den Achttundentag!

## Rundgebung der Berliner Gewerkschaftsfunktionäre.

In der vom Ortsauschuß des ADGB. und dem KfA-Ortsrat zu Donnerstagabend nach dem Gewerkschaftshaus einberufenen und gut besuchten Funktionärerversammlung sprach der Genosse Spliedt vom ADGB. über den Kampf um den Achttundentag. Er widerlegte zunächst die Einwände der Unternehmer gegen das von den Spitzengewerkschaften geforderte Rotgesetz zur Wiederherstellung des Achttundentages und damit auch die widersinnige Behauptung, die Wiedereinführung des Achttundentages bedeute eine Verschärfung der jetzigen Krise. Wenn wir in Deutschland in der Vorkriegszeit durchschnittlich etwa 300 000 Arbeitslose hatten, zurzeit jedoch etwa 1,8 Millionen, so muß man doch endlich daran denken, diese anormale Arbeitslosigkeit ernsthaft zu bekämpfen, damit sie nicht zu einer chronischen wird.

Wir haben auf der einen Seite gegen die Vorkriegszeit eine Zunahme der Bevölkerung um etwa 3 Millionen und somit einen Zuwachs an Arbeitskräften, auf der anderen Seite eine rapide vor sich gehende technische Umstellung der Produktionsstätten und damit eine kolossale Freisetzung von Arbeitskräften. Die Rationalisierung ist nicht aufzuhalten. Trotzdem oder besser gerade deswegen müssen wir alles daransetzen,

um aus der Massenarbeitslosigkeit herauszukommen.

Die Gewerkschaften sehen eine Lösung dieses Problems nur in einer Stärkung der Kaufkraft der Bevölkerung entweder durch eine Senkung der Warenpreise oder Erhöhung der Löhne, verbunden mit der Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Unternehmer dagegen wollen lange Arbeitszeit und niedrige Löhne. Sie sträuben sich gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit, weil sie wissen, daß dann die allgemeine unermüdliche Lohnbewegung einsetzen würde. Sie haben an einer großen industriellen Reservearmee ein starkes Druckmittel auf die in Arbeit stehenden.

Die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt in Deutschland seit der Arbeitszeitverordnung etwa 51 Stunden wöchentlich. Die Unternehmer wollen der Öffentlichkeit glauben machen, daß in einzelnen Industrien aus wirtschaftlichen Gründen länger als acht Stunden gearbeitet werden muß. Diese Behauptung ist

eine grobe Irreführung der Öffentlichkeit.

Genosse Spliedt führte eine Anzahl von Beispielen an, nach denen in denselben Industrien neben Betrieben mit Kurzarbeit und 45stündiger Arbeitszeit andere bis zu 51 Stunden und darüber arbeiten. Alle diese Betriebe, die verkürzt und auch 48 Stunden arbeiten, gehen genau so wenig zugrunde wie die Betriebe, die über 48 Stunden arbeiten lassen, ein Beweis, daß sachliche Gründe dafür fehlen, länger als 48 Stunden arbeiten zu lassen. Nach einer am

Sonnabend voriger Woche vom Metallarbeiterverband dem ADGB. überbrachten Statistik wurden in einer Woche in 50 Orten mit 234 Betrieben und 145 573 Arbeitern, 1 167 751 Ueberstunden geleistet. In diesen 50 Orten sind 70 837 Arbeitslose vorhanden. Wenn hier nur 48 Stunden gearbeitet werden würde, könnten nicht weniger als 24 328 Arbeitslose eingestellt werden.

Das Ueberstundenunwesen im Bergbau schreit geradezu zum Himmel. Sind doch 10 bis 12 Ueberstunden im Monat keine Seltenheit. An den von den Gewerkschaften veröffentlichten Zahlen über ihre arbeitslosen Facharbeiter zeigte Spliedt, daß die Behauptung der Unternehmer, es herrsche ein Mangel an Facharbeitern, falsch ist. Die Einwände der Unternehmer gegen den Achttundentag halten einer genauen Prüfung in keiner Weise stand.

Die Gewerkschaften werden mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln auf die schnellste Verabschiedung des von ihnen eingebrachten Rotgesetzes drängen. Sie können angesichts der katastrophalen Arbeitslosigkeit nicht warten, bis endlich das geplante Arbeitschutzgesetz verabschiedet wird, was jedenfalls nicht vor dem Frühjahr 1928 geschehen dürfte. Mit einem Appell an die Funktionäre, die Ueberstundenmacher auf das Verderbliche ihres Tuns aufmerksam zu machen, und für eine

Eindämmung des Ueberstundenunwesens

zu sorgen, schloß Spliedt seinen Vortrag. Die Funktionäre lehnten jede Diskussion ab und sahen einstimmig folgende Entschliebung:

„Die am 11. November im Gewerkschaftshaus versammelten Berliner Gewerkschaftsfunktionäre haben mit Entrüstung festgestellt, in welchem Ausmaße heute noch in Deutschland der Achttundentag überschritten wird. Sie sind der Ueberzeugung, daß die übermäßig lange Arbeitszeit bei fortschreitender technischer Entwicklung die herrschende Arbeitslosigkeit immer mehr vergrößern und sie zu einer chronischen machen wird. Dieser Zustand ist nur möglich infolge der geltenden Arbeitszeitverordnung, die noch aus der Zeit des Ermächtigungsgesetzes stammt und trotz wiederholter Versprechungen der Regierung bis heute nicht geändert wurde. Die Versammelten fordern daher die sofortige radikale Abänderung der geltenden Verordnung, um die im Interesse der Arbeitenden wie der Arbeitslosen gleichermaßen notwendige Verkürzung der Arbeitszeit durchzuführen.“

Entschlossen, alle Nachmittel für diese Verkürzung einzusetzen, riefen die Versammelten an Parlament, Regierung und Öffentlichkeit den dringenden Appell: Schafft ein Rotgesetz zur Wiederherstellung des Achttundentages!

## Erster Konflikt zwischen Belgien und China

### Der Kampf um die europäischen Vorrechte.

Brüssel, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) Zwischen Belgien und der chinesischen Republik ist ein erster Konflikt ausgebrochen, der vermutlich auch internationale Auswirkungen haben wird. Der Ursprung des Konflikts ist der folgende: Am 28. Oktober ließ der 1865 abgeschlossene belgisch-chinesische Vertrag ab. Dieser Vertrag war, wie alle zwischen den Mächten und China zustande gekommenen Verträge, dem Kaiserreich der Mitte ausgenommen worden und ganz einseitig zu Ungunsten Chinas abgefaßt. Abgesehen von der Beschränkung der Souveränitätsrechte Chinas hinsichtlich der Zölle, der Territorialität und der Konsulargerichtsbarkeit enthielt dieser merkwürdige Vertrag noch die Bestimmung, daß er wohl durch Belgien, nicht aber durch China geändert werden könne.

Das heutige China lehnt sich bekanntlich gegen alle derartigen ungleichen Verträge als nationale Demütigung entschieden auf. Vanderveelde, als belgischer Außenminister, zeigte auch Verständnis für diese Gefühle der Chinesen. Er bestand nicht auf eine einfache Verlängerung des Vertrages um zehn Jahre, wie der Buchstabe des Vertrages ihm gestattet hätte, sondern bahnte mit der chinesischen Regierung Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Vertrages an. Diese Verhandlungen zogen sich monatelang hin, ohne zu einem Ergebnis zu führen, da die Chinesen offenbar darauf ausgingen, diesem ungleichen Vertrag einfach ein Ende zu machen. Sie glaubten, Belgien gegenüber um so mehr eine feste Haltung einnehmen zu müssen, als sie dann leichter sich auch der Verträge mit den Großmächten entschließen zu können hofften. Demgegenüber nahm Vanderveelde den Standpunkt ein, daß Belgien die chinesische Republik in ihrem Bestreben, zu gerechteren Verträgen zu gelangen, gern unterstützen wolle, daß es aber bis dahin die belgischen Angehörigen in China nicht in eine ungünstigere Lage versetzen lassen könne, als die Angehörigen anderer Nationen. Vanderveelde schlug deshalb der chinesischen Regierung einen modus vivendi vor, wonach die gegenwärtige Rechtslage vorläufig weiterbestehen bleiben soll, bis ein neuer Vertrag zwischen den beiden Mächten zustande kommen würde.

Dieser Vorschlag wurde von der chinesischen Regierung abgelehnt. Sie machte schließlich den Gegenvorschlag, den modus vivendi auf die Dauer von sechs Monaten zu beschränken. Sollte nach Ablauf dieser Frist kein neuer Vertrag zustande gekommen sein, dann wäre der alte Vertrag null und nichtig, und Belgien und China ständen im vertraglosen Zustand. Die belgische Regierung lehnte diesen Gegenvorschlag ab. Daraufhin hat die chinesische Regierung den belgisch-chinesischen Vertrag einfach für null und nichtig erklärt, und will vom 28. November ab die praktischen Maßnahmen ergreifen, um die bisherigen Vorrechte der Belgier in China abzuschaffen. Angesichts dieser Haltung Chinas hat Vanderveelde sich entschlossen, den Konflikt dem Haager Gerichtshof, dessen Kompetenz China seinerzeit anerkannt hat, zur Entscheidung zu unterbreiten. Welche Haltung heute die chinesische Regierung diesem Vorschlag gegenüber einnimmt, ist nicht bekannt, aber man hält es nicht für unwahrscheinlich, daß sie die Ueberweisung des Konfliktes an den Haager Gerichtshof verweigern wird, da dessen Entscheidung angesichts des klaren Buchstabens des Vertrages kaum zweifelhaft ist.

Der Konflikt hat in England, Japan und anderen Ländern, die für die Aufrechterhaltung ihrer Privilegien in China kämpfen, größte Aufmerksamkeit erregt und es werden allerseits Versuche gemacht, um Belgien den Rücken zu steifen. Der schwache Punkt für Belgien liegt darin, daß eine Reihe von großen Ländern China gegenüber die ungleichen Vorrechte nicht mehr genehen. Deutschland, Österreich und die Türkei mühten ihre Vorrechte im Verlaufe der Verhandlungen, was so mancher von den siegreichen Alliierten heute bitter bereut. Rußland verzichtete im Eifer der bolschewistischen Revolution frei-

willig auf seine Vorrechte. Ob die Angehörigen dieser Nation in China dadurch zu ernstlichem Schaden gekommen sind, scheint man in den anderen Ländern nicht recht zu wissen. Jedenfalls gibt diese Sachlage der chinesischen Regierung wertvolle Waffen in die Hand in ihrem entschlossenen Kampfe um die Abschüttelung jeder Fremdherrschaft.

## Diplomatischer Konflikt mit England.

London, 12. November. (W.B.) Im Unterhaus wurde mitgeteilt, daß das Beglaubigungsschreiben des neuen britischen Gesandten in China, Compton, an den Präsidenten der chinesischen Republik gerichtet sei. Compton sei angewiesen worden, die Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens zu verschieben, bis ein Präsident vorhanden sei, den die britische Regierung anerkennen könne. Er solle jedoch sofort eine Abschrift seines Beglaubigungsschreibens dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten zuleiten und ihn ersuchen, ihn informell als Gesandten anzuerkennen, um ihm so zu ermöglichen, sein Amt vorläufig anzutreten.

## Japan kämpft um Verlängerung des Handelsvertrages

London, 12. November. (W.B.) Einer Reutersmeldung aus Peking zufolge befragt die japanische Antwort auf die chinesische Note vom 20. Oktober 1926, daß die japanische Regierung glücklich sein würde, dem Ersuchen nach einer Revision des Handelsvertrages mit China in Verfolg des Artikels 26 stattzugeben. Sie weist dann darauf hin, daß die chinesische Note Stellen enthalte, die zu der Vermutung Anlaß geben könnten, daß eine fundamentale Revision des Vertrages vorgeschlagen werde, also nicht nur der tariflichen und kommerziellen Artikel, sondern des gesamten Vertrages. Obwohl kein Uebereinkommen zwischen China und Japan bestehe, durch das ein derartiges Vorgehen sanktioniert werden könnte, beabsichtigt die japanische Regierung nicht, den Umfang der Erdörterung auf die im Artikel 26 vorgesehenen Punkte zu beschränken. Das Fehlen der rechtlichen Grundlage würde die japanische Regierung nicht davon abhalten, einer weitergehenden Revision des Vertrages zuzustimmen. Zugleich vertraue die japanische Regierung darauf, daß das Gefühl der Nähe die Handlungsweise der chinesischen Regierung kennzeichnen werde. Die japanische Antwort lenkt dann die Aufmerksamkeit der chinesischen Regierung auf die Stelle in der chinesischen Note, in der es heißt, daß, wenn ein neuer Vertrag nicht innerhalb sechs Monaten abgeschlossen wird, die chinesische Regierung gezwungen sein werde, ihre Haltung zu verändern. Die japanische Regierung ist nicht in der Lage, vor sich selbst das Gefühl der Enttäuschung über derartige Bedingungen zu verbergen. Dieser Vorbehalt und die in der Note enthaltenen Vorbehalte scheinen nicht in Uebereinstimmung mit dem Geiste gegenseitigen Vertrauens zu stehen, die allein den Erfolg der vorgeschlagenen Verhandlungen herbeiführen können. Auf alle Fälle glaube die japanische Regierung der Offenheit schuldig zu sein, zu erklären, daß ihre Annahme des Vorschlages für eine Revision des Vertrages nicht ausgesetzt werden darf als eine Zustimmung zu irgendeiner in der chinesischen Mitteilung geltend gemachten Forderung.

## Das Fürstenvermögen.

Genosse Kurt Rosenfeld bittet uns mitzuteilen, daß er auch gegenüber der Erklärung des Genossen Paul Hirsch die von ihm in der Berliner Funktionärerversammlung gegebene Darstellung voll aufrecht erhalte. Der Hinweis des Genossen Hirsch darauf, daß Genosse Rosenfeld 1919 als Abgeordneter die Entzignung des hobenburgervermögens beantragt habe, beweise nicht, daß er nicht schon vorher als Justizminister die Entzignung vorgeschlagen habe. Eine Verwechslung der Vorgänge von 1918 mit denen von 1919 sei ganz ausgeschlossen. Er habe als Justizminister Ende November 1918 dem preußischen Kabinett einen Entzignungsantrag unterbreitet, der aber keine Mehrheit gefunden habe.

## „Keine gewerkschaftliche Veranstaltung!“

### Eine „überparteiliche“ politische Aktion.

Die Agitation, die von den KPD-Leuten für einen sogenannten „Kongreß der Bertätigten“ in die Gewerkschaften hineingetragen wurde, hat verschiedene Gewerkschaftsvorstände zur Abwehr veranlaßt. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Gewerkschaftsmitglieder sich nicht in den Dienst einer ausgesprochen gewerkschaftsfeindlichen Propaganda stellen können. Wenn sie es dennoch tun, dann verstoßen sie gegen die Verbandssatzungen. Auch der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes hielt sich verpflichtet, in einem Rundschreiben seine Ortsverwaltungen darauf hinzuweisen, daß in den Verbandssammlungen keine Delegierten zu einem von der kommunistischen Partei geplanten Kongreß gewählt werden dürfen. In einem weiteren Rundschreiben, das der KPD. so sehr unangenehm ist, daß die „Rote Fahne“ eine „Hege des DVB.-Vorstandes gegen den Kongreß der Bertätigten“ darin steht, wird schließlich zum Ausdruck gebracht, daß es unzulässig ist, in den Mitgliederversammlungen des Verbandes Anträge zu beraten, welche die Besichtigung des Kongresses oder seine Unterfützung in anderer Weise bezwecken, und daß auch die Verwendung von Verbandsgeldern für Zwecke dieses kommunistischen Kongresses unzulässig ist. Schlimm genug, daß dies verschiedenen Ortsverwaltungen erst noch ausdrücklich bedeutet werden muß!

Seit Monaten treibt die KPD.-Zentrale ihre Mitglieder in den Gewerkschaften dazu an, in den Gewerkschaftsversammlungen für das Kongreßprojekt Propaganda zu machen und Delegierte wählen zu lassen. Und nun, da die Gewerkschaftsleitungen sich gegen dieses Treiben wenden, kommt die „Rote Fahne“ und erklärt: „Niemand ist jedoch der Kongreß der Bertätigten von seinen Einberufern und Befürwortern als eine gewerkschaftliche Veranstaltung bezeichnet worden. Der Kongreß trägt den Charakter einer überparteilichen politischen Aktion.“

Es sei also ein offener Bruch des Status, wenn der Verbandsvorstand des DVB. den Verbandsmitgliedern die Beteiligung an dieser ungewerkschaftlichen, „überparteilichen“, politischen Aktion verbiete. „Was hier der DVB.-Vorstand betreibt, ist Demagogie schlimmster Sorte.“ Wer noch nicht wissen sollte, was Demagogie ist, dem bietet die „Rote Fahne“ ein Musterbeispiel dafür.

Den Gewerkschaften ist es ziemlich gleichgültig, ob Schulz oder Müller, Hinz oder Kunz sich an der überparteilich-kommunistischen politischen Aktion beteiligt. Legen doch die Kongreßmacher selber darauf kaum einen Wert. Sie wollen vielmehr, daß in den Gewerkschaftsversammlungen Delegierte als Vertreter ihrer Gewerkschaften zur Beilegung an dieser kommunistischen Aktion gewählt werden, einer „Aktion“, die sich weit weniger gegen die bestehende Gesellschaftsordnung wendet, als gegen die Gewerkschaften. Und dieses muntere Spiel der „überparteilichen“ kommunistischen Drahtzieher können die Gewerkschaften sich nicht gefallen lassen und werden es nicht tun.

Nur eine Probe noch von der Art der Gewerkschaftsfreundschaft wie von der Wahrheitsliebe dieser Ueberparteilichen:

„Wenn in dem Rundschreiben (des DVB.) ferner behauptet wird, daß die Gewerkschaften mit allen zweckmäßigen Mitteln für die Verbesserung der Erwerbslosensfürsorge kämpfen, so ist das ein glatter Schwindel.“

Eine derartige Behauptung ist nur möglich in der „Roten Fahne“. Der „überparteiliche“ Kongreß der Bertätigten der KPD. hat die Aufgabe, diese Hege gegen die Gewerkschaften zu fördern.

## Schiedspruch im mitteldeutschen Braunkohleengebiet.

Halle a. d. S., 12. November. (W.B.) Der für den mitteldeutschen Braunkohlebergbau am 5. November in Berlin gefällte Lohnschiedspruch, der eine Erhöhung der tariflichen Durchschnittslöhne um 3,5 Proz. vorsieht, ist von Arbeitgebern und Arbeitnehmern angenommen worden. Damit hat der Lohnstreit sein Ende erreicht.

## Schwierige Verhandlungen in England.

London, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen zwischen der Exekutive der Bergarbeiter und der Regierung, die nachmittags um 5 1/2 Uhr begonnen haben, waren am Freitag morgen um 3 Uhr noch nicht abgeschlossen. In den späten Abendstunden war unterdessen das Gerücht vom unmittelbar bevorstehenden Rücktritt Coofs verbreitet, wurde jedoch von Coof selbst dementiert.

## Noch kein Abschluß.

London, 12. November. (W.B.) Die Konferenz zwischen der Regierung und den Bergarbeitern wurde heute früh um 3,15 Uhr verlagert.

## Das Memorandum der Regierung.

London, 12. November. (W.B.) Das von der Regierung den Bergarbeitern überreichte Memorandum befragt u. a.: Der Bergarbeiterverband verpflichtet sich, alles zu tun, was in seiner Macht liegt, um eine sofortige Wiederaufnahme der Arbeiten mittels Bezirksregelung zu fördern, wobei die Arbeitsstunden nicht aus den Bezirksverhandlungen ausgeschlossen werden. Was die Löhne betrifft, so haben die Grubenbesitzer der Regierung mitgeteilt, daß sie in jedem Bezirk, ausgenommen Northumberland, Durham, Cumberland und Northwales, angeboten haben, zeitweilig nach der Wiederaufnahme der Arbeit einen allgemeinen Bezirkeprozentsatz auf die Grundlöhne zu zahlen, der nicht geringer ist als der am 13. April gezahlte und in den Bezirken — ausgenommen die oben genannten — wo ein Mindestlohn auf Grund der Klausel 7 des Abkommens vom Jahre 1924 bestand, denselben Mindestlohn. Ein weiterer Punkt des Memorandums befragt, die Grubenbesitzer hätten der Regierung mitgeteilt, daß Arbeiter nach Lage der Umstände eingestellt werden sollen, ohne Beeinträchtigung der augenblicklich Beschäftigten. Was die ständigen Arbeitsbedingungen betrifft, so wird jedes Bezirksabkommen das gewisse allgemeine Grundzüge enthält, als das „Normalabkommen“ angesehen. Es soll ein Distriktsamt mit einem unabhängigen Vorsitzenden eingesetzt werden und eine periodische Regelung des Bezirkeprozentsatzes stattfinden. Die Regierung verpflichtet sich, wenn sie überzeugt ist, daß die zuerst angeführten Bedingungen erfüllt sind, ein Gesetz einzuführen, durch das jedes Bezirksabkommen außer einem „Normalabkommen“, wenn es auf der Grundlage eines längeren Arbeitstages unter Erde abgeschlossen worden ist, als er in dem Bezirk im April 1926 galt, zum Gegenstand eines Appells an eine nationale Schiedsgerichtsbehörde von Seiten jedes der Teilnehmer an dem Abkommen gemacht werden kann. Die nationale Schiedsgerichtsbehörde besteht aus den mit dem Bergbau nicht in Verbindung stehenden Mitgliedern des Industrie-schiedsgerichtshofes, die der Arbeitsminister instruiert, und aus zwei Beisitzern, von denen die Bergarbeiter und die Grubenbesitzer je einen ernennen. Das Gesetz, das der nationalen Schiedsgerichtsbehörde diese Vollmachten gewährt, gilt nur für sechs Monate. Die Regierung unternimmt sofort die notwendigen Schritte, um die Bestimmungen des Berggesetzes vom Jahre 1926 bezüglich Ausrüstung in Kraft zu setzen.

Der Volksgesetzrat der Bergarbeiter tritt heute vormittag 10 1/2 Uhr zusammen, um den Entwurf zu prüfen. Die Delegiertenversammlung findet um 12 Uhr mittags statt. Die veräuert, wird die Regierung, wenn die Bergarbeiter ihren Entwurf annehmen, im Verlauf der nächsten Tage eine diesbezügliche Vorlage im Parlament einbringen.



# Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Dreißig Jahre Berliner Verbandsarbeit.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter feiert heute in Versammlungen und morgen in feierlicher Veranstaltung im „Friedrichshain“ ihr dreißigjähriges Bestehen. Die vorzüglich ausgestattete Festschrift aus der Vorwärtsbuchdruckerei schildert zunächst Berlins Entwicklung vom Fikherdof zu Deutschlands größtem Arbeitgeber und dann die Entstehung des Verbandes und seinen Aufstieg. Im Jahre 1896, als ein Teil der Gasarbeiter den Grundstein der freigewerkschaftlichen Organisation legte, waren in Berlin und seinen Vororten bereits mehr als 12000 Gemeindegewerksarbeiter beschäftigt. Die Gaswerke, die während des Sommers 1896 den zwölfstündigen Schichtwechsel durchgeführt hatten, suchten wieder

## den achtzehnstündigen Schichtwechsel

herbeizuführen. Die Schichtarbeiter des Gaswerks Danziger Straße lehnten diese Barbarei ab, und etwa 60 bis 70 Feuerhausarbeiter traten in einen Streik, der jeden organisatorischen Rückschritt entbehrte. Die Streikenden wußten sich wenigstens insofern Rat, als sie sich an die Berliner Gewerkschaftskommission wandten, die ihren Hilfsarbeiter, den Satirer Bruno Börsch, beorderte, die Sache der Streikenden zu führen. Das half zwar nichts, der Streik ging verloren. Aus dem verlorenen Streik aber ist

## der Verband hervorgegangen.

Zunächst wurde ein Verband der in Gasanstalten, auf Holz- und Kohlenplätzen und sonstiger Arbeitsleute gegründet. Die Arbeiter der Holz- und Kohlenplätze gingen nach kaum einem Jahre zum jetzigen Verkehrsverband über, und die städtischen Arbeiter Berlins suchten die Verbindung mit den übrigen städtischen Arbeitern im Reich. So entstand eine bis dahin unbekannt Form der Organisation, die bis heute die einzige Betriebsorganisation geblieben ist. Abgesehen von den unausbleiblichen Grenzstreitigkeiten mit den verschiedenen Berufsorganisationen, war diese Organisationsform jahrelang heftig umstritten, legte sich jedoch durch

Unter der rührigen Tätigkeit von Bruno Börsch gelang es auch, die Arbeiter der übrigen städtischen Betriebe bald zur Organisation heranzuziehen, so daß auf dem zweiten Verbandstage im April 1900 die Gaswerke, Wasserwerke, die Kanalarbeiter, Laternenwärter, die Markthallen- und die Viehhofarbeiter vertreten waren. Im Oktober 1900 erfolgte der

## Anschluß an die Berliner Gewerkschaftskommission.

Die Arbeit war nicht allzu leicht. Schließlich waren über zwanzig selbständige Filialen vorhanden, zu deren Zusammenhalt ein besonderer Ausschuß gebildet wurde, der bis Ende 1901 bestand.

In den Mitgliedern der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion hatte die Organisation die besten Anwälte zur Verfechtung ihrer Forderungen im Stadtparlament, die insbesondere auch auf dem Gebiete des sozialen Arbeitsvertrages lagen und allmählich zu bedeutenden Erfolgen führten. Allein noch im Jahre 1903 lehnte die Deputation für die städtischen Wasserwerke die Gewährung von Urlaub ab, da die Werke außerhalb Berlins lagen und die Arbeiter sich in frischer Luft befinden.

Die Mitgliederzahl war im ersten Jahre von 74 auf 1075 gestiegen, und bis zum Jahre 1902 auf über 2000. Da der Verbandsvorstand seine Tätigkeit nicht mehr auf Berlin beschränken konnte, wurde mit dem 1. Januar 1902 ein Ortsbureau für Berlin errichtet, unter Leitung des Buchdruckers Genossen Hermann Schu-

bert. Am 1. Oktober 1903 schlossen sich die einzelnen Berliner Filialen zu einer einzigen Filiale zusammen mit R. Fiedig als Filialleiter.

Neben der Einführung des Ruhelohns, der Hinterbliebenenversorgung, des Krankenlohns und Urlaubs gelang es der Organisation im Mai 1907

## für die Schichtarbeiter der Gaswerke den Achtstundentag

für alle übrigen Gaswerksarbeiter den Neunstundentag einzuführen. Im Jahre 1912 machte die Ortsverwaltung den Versuch, die Arbeitsverhältnisse der Gemeindegewerksarbeiter tariflich zu regeln. Ein eifriger Verfechter des von der Organisation entworfenen Entwurfs eines Tarifvertrages in der Stadtverordnetenversammlung war der Stadtverordnete Genosse Theodor Glöckle. Durch den Widerstand der bürgerlichen Stadtverordneten und des Magistrats selbst war es in der Vorkriegszeit nicht möglich, zu einem Tarifabschluß zu kommen.

Die Ortsverwaltung zählte bei Ausbruch des Krieges etwa 10000 Mitglieder, das waren über die Hälfte der in Berlin und seinen Vororten beschäftigten Gemeindegewerksarbeiter. Der Krieg konnte die innerlich stark gefestigte Organisation nicht zerschlagen. Als durch den Zusammenbruch von 1918 auch für

## die Arbeiter der Reichs- und Staatsbetriebe

der Weg zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß frei wurde, schlossen die Mitgliederzahlen ganz gewaltig an. Zählte die Ortsverwaltung Ende 1918 insgesamt 9472 Mitglieder, so stieg diese Zahl bis Ende 1919 auf 33132, bis Ende 1921 sogar auf 55469. Der nach 1921 in allen Gewerkschaften erfolgte Mitgliederabfall machte sich im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband weniger bemerkbar. Um so verheerender setzte der Personalabbau in den Jahren 1923 und 1924 ein. Durch die vorübergehende Stilllegung der Straßenbahn im August 1923 verlor die Organisation allein 7000 Mitglieder. In den Gaswerken wurden etwa 3000 Arbeiter abgebaut. In den übrigen Werken sank die Zahl der Beschäftigten teilweise unter den Stand des Jahres 1914 herab. Insgesamt wurden im Berliner Agitationsgebiet etwa

## 22 000 Reichs-, Staats- und Gemeindegewerksarbeiter abgebaut.

Daraus erkärt sich die Mitgliederabnahme bis auf 23576 Ende 1924. Bis zum 30. September 1926 hat es die Berliner Ortsverwaltung schon wieder auf 26320 Mitglieder gebracht.

All die Erfolge der Organisation in der Nachkriegszeit aufzuführen, würde in diesem Zusammenhang zu weit führen. Erinnert sei nur daran, daß am 4. März 1919 ein Tarifvertrag für die Gemeindegewerksarbeiter abgeschlossen wurde und heute 24 Manteltarife und 21 Lohnarbeitsverträge bestehen. Wenn die Organisation infolge der ungünstigen Verhältnisse in der Infation den Achtstundentag teilweise preisgeben mußte, so ist es doch ein ansehnlicher Erfolg zäher und planmäßiger Gewerkschaftsarbeit, daß am 1. Januar 1927 in Berlin

## für 85 Proz. der Mitglieder der Achtstundentag

bzw. die 48stündige Arbeitswoche wieder eingeführt sein wird.

Die zielklare Führung der Berliner Ortsverwaltung unter ihrem Bevollmächtigten Genossen Polenske bürgt dafür, daß der Verband weitere Fortschritte machen wird, so daß in ganz Berlin bald kein unorganisiertes Gemeinde-, Staats- oder Reichsarbeiter mehr zu finden sein wird.

**Achtung, Bauarbeiter!** Die von der Steinmetzfirma Gottfried Puhlmann ausgeführten Ausschachtarbeiten auf der Baustelle der Firma Sommerfeld in Zehlendorf-Mitte (verlängerte Kiemeister- und Spandauer Straße) sind für Bauarbeiter gesperrt, weil die Firma sich weigert, bei den Ausschachtarbeiten den Hochbauhohn zu zahlen. Wir fordern die Kollegen auf, die Baustelle zu meiden.

Baugewerksbund, Baugewerkschaft Berlin. Der Vorstand.

**Achtung, Metallarbeiter!** Nach Erfurt werden Mechaniker, Schreibmaschinenjustierer, Typen- und Schriftführer gesucht. Jeder Zutritt nach dort hin hat für diese Berufe zu unterbleiben.

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Geiger; Wirtschaft: Erich Gottrams; Gewerkschaftsbewegung: Kriebel, Eckert; Anwaltschaft: R. S. Böcher; Soziales und Sonstiges: Erik Raschütz; Anzeigen: Th. Glöckle; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 7. Siegen 1 Beilage.

## Deutscher Verkehrsband.

In Erfüllung einer traurigen Pflicht machen wir hiermit bekannt, daß am 10. November, nachmittags, nach kurzer Krankheit unter alter treuer Kräfte, das Mitglied des Bundesvorstandes

## Friedrich Himpel

verstorben ist. Der Kollege Friedrich Himpel hat nicht nur als Mitglied des Bundesvorstandes und Bundessekretär seit Gründung unserer Organisation, sondern auch auf politischem Gebiete in unermüdlicher Pflichterfüllung im Interesse der Arbeiterbewegung gewirkt und gekämpft. Die Arbeiterklasse wird seiner stets ehrend gedenken.

## Der Vorstand.

Die Trauerfeier findet am Dienstag, den 16. November, nachm. 5 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg statt.

Am Mittwoch, den 10. November verschied nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater

## Gustav Neuber

Dieses jähigen Schmerzes stillt an mit der Bitte um stille Teilnahme Auguste Neuber nebst Kinder. Einäscherung Sonnabend, den 13. November, abends 6 1/2 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg.

**Ischias** ist ein sehr schmerzhaftes Leiden, das durch eine Entzündung des Nerven verursacht wird. Einmalige Anwendung des Ischias-Pflasters genügt zur Heilung. Preis 1,- M. in jeder Apotheke.

Holzhäuser liefert seit 25 Jahren Wochenendhäuser - Prospekte gratis! Wald- u. Wasserparks - Nachweis.

## Moderne Herren-Mäntel

für den Winter



- Ulster aus dunklen Melton-Stoffen mit Absteckzweireiße . . . M. 45.-
  - Ulster Marrago-Cheviot, und schwarze Melton-Stoff, m. Liebrücken, m. u. o. Gurt, zweireiße . . . M. 63.-
  - Paletot aus schwarzen und grauen Melton- od. Eskimo-Stoffen, zweireiße . . . M. 43.-
  - Rock-Paletot 53.-
  - Philipp Fabisch
- vornehme Formen, vorzügliche Verarbeitung. M.  
nur Rosenthaler Str. 1 Ecke Eisenstr.

# SERIEN-VERKAUF

für den Haushalt

- |  |   |  |  |
|--|---|--|--|
| 3 Tassen mit Goldrand . . . . . 90 Pf.           | 1 Waschbecken Emaille, mit Seilnapf . . . . . 90 Pf.                | 1 Brotkorb rein Messing . . . . . 90 Pf.                               | 1 Schrubber und 1 Schenertuch, zusammen . . . . . 90 Pf.     |
| 8 Speiseteller Steingut . . . . . 90 Pf.         | 1 Ebenholz-Badenbesteck . . . . . 90 Pf.                            | 1 Perlentette echt Silberbeschlag, unzerbrechlich Perl. . . . . 90 Pf. | 1 Halbstoß Etamin, mit Hirschkäse . . . . . 90 Pf.           |
| 6 Bier- od. Teebecher Flora . . . . . 90 Pf.     | 1 Emaille-Wasserteßel . . . . . 90 Pf.                              | 1 Kieg. Seife 2 Pakete Seifenpulver, zusammen . . . . . 90 Pf.         | 1 Laubsägetasten extra, gross . . . . . 90 Pf.               |
| 1 Aufsatz 2stellig, gepreest . . . . . 90 Pf.    | 1 Eintauschbeutel in Wachstuch . . . . . 90 Pf.                     | 1 Fensterleder . . . . . 90 Pf.  | 1 Bilderbaustasten m. verschleud. Anführung . . . . . 90 Pf. |
| 1 Vase geschliffen . . . . . 90 Pf.              | 1 Besuchstasche Kunstleder, eleg. Ausst. für Damen . . . . . 90 Pf. | 1 Toilettenhalter 1 Rolle Toilettenpapier, 100 Bl. . . . . 90 Pf.      | 1 Modelliertasten extra gross . . . . . 90 Pf.               |
| 1 Emaille-Afcheimer mit Schrift . . . . . 90 Pf. | 1 echt Ledertresor für Damen od. Herren . . . . . 90 Pf.            | 1 Dok. Bohnerwachs 1 Pfund . . . . . 90 Pf.                            | 1 Auto mit gutem Werk . . . . . 90 Pf.                       |
| 1 Gastoche ein Loch . . . . . 90 Pf.             | 1 Körbchen echt verillbert . . . . . 90 Pf.                         | 1 Dok. Bohnerwachs 1/2 Pak. Stahlspine, sus. . . . . 90 Pf.            | 1 Gelentpuppe m. Haarschl. Augen, ca. 80 cm . . . . . 90 Pf. |



- |  |  |   |   |
|--|--|---|---|
| 1 Kaffeeservice 5tlg., 2 Personen, mit Goldrand . . . . . 1 90 | 1 Holz Kaffeemühle gutes Mahlwerk . . . . . 1 90               | 1 Alpata-Langotasche . . . . . 1 90                                 | 1 Karton Puppenmöbel gute Ausführung . . . . . 1 90 |
| 1 Kaffeetanne mit kleinen Rosen . . . . . 1 90                 | 1 Tortenplatte dek. Steingut, mit vernick. Rand . . . . . 1 90 | 1 Briefftasche echt Leder . . . . . 1 90                            | 1 Eisenbahn mit Uhrwerk und Röhren . . . . . 1 90   |
| 6 Abendbrotsteller m. Goldrand, Porzellan . . . . . 1 90       | 1 Aluminium-Wasserteßel . . . . . 1 90                         | 1 Fensterleder . . . . . 1 90                                       | 1 Stichtasten mit Vorlagen . . . . . 1 90           |
| 1 Körbchen mit Henkel, geschliffen . . . . . 1 90              | 1 Waschbecken Emaille, gross, Porzellanform . . . . . 1 90     | 5 Kiegel Seife 3 Pakete Pulver und 2 Pakete Soda, sus. . . . . 1 90 | 1 Laufpuppe ca. 52 cm . . . . . 1 90                |
| 1 Safttanne 1/2 Liter, geschliffen . . . . . 1 90              | 1 Wassereimer Delftmaalezel . . . . . 1 90                     | 1 Etamingarnitur 3teil., mit Hirschkäse . . . . . 1 90              | 1 Gelentpuppe ca. 45 cm . . . . . 1 90              |



- |  |   |  |   |
|--|---|--|---|
| 4 Tassen mit Goldrand . . . . . 2 85                   | 1 Brotkasten gross, lackiert . . . . . 2 85           | 1 Anteruhr 1/2 Werk, mit Kette . . . . . 2 85          | 1 Künstlerpuppe mit Coll.-Kopf . . . . . 2 85 |
| 1 Waschgarnitur 5stellig, bunt . . . . . 2 85          | 1 Partlettbohner . . . . . 2 85                       | 1 Raucher-service rein Messing . . . . . 2 85          | 1 Fliegerturnm . . . . . 2 85                 |
| 1 Zuckersfreuer geschliffen . . . . . 2 85             | 1 Nachttischlampe mit Bohrm . . . . . 2 85            | 1 Paar Radiotopföhörer mit Lautsprecher . . . . . 2 85 | 1 Kegelspiel Hartholz . . . . . 2 85          |
| 1 Kompottsteller 2 1/2, Kristall . . . . . 2 85        | 1 Emaille-Geizrohr . . . . . 2 85                     | 1 Tüllgarnitur 3stellig, schöne Muster . . . . . 2 85  | 1 Kinderstuhl lackiert . . . . . 2 85         |
| 1 Römer Schiederstern, sortierte Farben . . . . . 2 85 | 1 Krümelschaufel vernickelt, mit Feder . . . . . 2 85 | 1 Madragarnitur 5stellig . . . . . 2 85                | 1 Kaufmannsladen . . . . . 2 85               |



- |   |  |   |  |
|---|--|---|--|
| 1 Teeservice 5stellig, 2 Personen . . . . . 4 50              | 1 Litörflasche 1/2 Liter, geschliffen . . . . . 4 50       | 1 elektr. Lampe Gussblei, mit Goldschmuck . . . . . 4 50        | 1 Plättbrett bezogen . . . . . 4 50      |
| 1 Kaffeeservice 5tlg., 2 Personen mit Goldrand . . . . . 4 50 | 1 Löffelbecher Blechkristall . . . . . 4 50                | 1 elektrisches Plättessen mit Schauer u. Stecker . . . . . 4 50 | 1 Marktflasche echt Leder . . . . . 4 50 |
| 1 Waschgarnitur 5stellig, bunt . . . . . 4 50                 | 1 Brotschneide-Maschine, mit apertem Messer . . . . . 4 50 | 1 Fleischbadmaschine emaille . . . . . 4 50                     | 1 moderner Seidenbeutel . . . . . 4 50   |



# HERMANN TIETZ

FRANKFURTER ALLEE

Unsere Spielwaren-Ausstellung ist eröffnet! Bilden aus „Alt-Berlin“



Politische Ueberwachung des Rundfunks

Die „Drahtlose Dienst A.-G.“

Die „Drahtlose Dienst A.-G.“, jene Nachrichtenstelle, die eine Befestigung familiärer deutscher Rundfunksender mit Nachrichten bezweckt, veranstaltete gestern einen Vortragsabend in den Räumen des „Klubs von Berlin“.

Die Einrichtung des Dienstes, die sich letzten Endes als eine staatspolitische Notwendigkeit erwies, wurde, wie so oft bei uns, zu einer Kompetenzfrage zwischen Reich und Ländern.

„Richtlinien“

An ihre Spitze ist der Sach gestellt, daß der Rundfunk keiner Partei dient, sein Nachrichten- und Vortragsdienst daher streng überparteilich zu gestalten ist.

„Aufsagenachrichten“

Es sind dies amtliche Nachrichten, die eine oberste Reichs- oder Landesbehörde durch den Rundfunk verbreiten lassen will.

lage für die Bearbeitung und Zusammenstellung der den Sendegesellschaften zu vermittelnden Nachrichten. Die Uebermittlung geht auf funktentelephonischem Wege dreimal täglich zu genau festgesetzten Zeiten vor sich.

politischen Ueberwachungsausschüsse.

Jede einzelne Sendegesellschaft hat einen solchen Ausschuss zugeteilt erhalten, bis auf die Sendegesellschaft in München, bei der die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind.

Der Vortrag fand sehr reges Interesse, aber es bleibt natürlich abzuwarten, nach welcher Methode die „Richtlinien“ befolgt, ob sie vernachlässigt oder überschritten werden.

Die Geschenke Iwan Kutiskers.

Geldstrafe für Obergerichtsvollzieher Schulze.

In der Bestechungsaffäre des Obergerichtsvollziehers Schulze, die vor einer Woche vor dem Amtsgericht Mitte verhandelt worden war, wurde heute durch Amtsrichter Dr. Barthel das Urteil gefällt.

gefälliges Verhalten. Dagegen konnte dem Angeklagten nicht nachgewiesen werden, daß er aus der Jahresabrechnung herausgefunden habe, daß ihm auch die 2000 M. durch Guthauskunft gekennt worden seien.

Feuer in einer Schokoladenfabrik.

Das Kessel- und Maschinenhaus vollständig vernichtet.

Gestern nacht gegen 2 Uhr wurden mehrere Löschzüge der Feuerwehr nach der Großen Frankfurter Straße 86 alarmiert, wo auf dem Hof des Eckgrundstückes in einem zu den Fabrikanlagen der Schokoladenfabrik Werkmeister u. Köhler gehörenden Kesselhaus Feuer ausgebrochen war.

Das Feuer griff mit großer Schnelligkeit um sich und breitete sich auf das angrenzende Maschinenhaus aus. Die Wehren fanden so bei ihrem Eintreffen einen ausgedehnten Brandherd vor; die Dachkonstruktionen beider Gebäude brannten lichterloh.

Bauunfall beim Untergrundbahnbau.

Zwei Arbeiter verschüttet und verletzt.

In der Neanderstraße zwischen Köpenicker- und Schmidtstraße stürzte heute nachmittag gegen 1 Uhr die Bauunterführung des Untergrundbahn-Neubaus ein, wobei zwei Leute verschüttet wurden.

Der Volkschor Tempelhof-Mariendorf veranstaltet am Sonntag, den 13. November, abends 7/8 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums Mariendorf, Kaiserstr. 21, einen Wiederabend.

Selbstmord eines verurteilten Gassenmörders. Der vom Schwurgericht Steetlin wegen Tötung seiner Ehefrau zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilte Arbeiter Friedrich Joch hat sich mit Hilfe seines Halstuches erhängt.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, und „Der Kinderfreund“ liegen der heutigen Postauflage bei.

Geschäftliche Mitteilungen.

Für die kalte Jahreszeit bräut das bekannte Spezialhaus G. Jersch, Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 1, in einem großen Woll- und Wollwarenverkauf eine besondere Annonce.

Advertisement for 'Moderne Winterkleidung' (Modern Winter Clothing) by 'Leineweber'. It features a list of clothing items with prices, such as 'Winter-Ulster' for 57.- and 'Sakko-Anzug' for 106.-. The ad also includes a section for 'PELZE' (Fur) and 'Damen-Pelzjacken' (Women's Fur Coats). The store is located at 'Berlin C, Köllnischer Fischmarkt 4-6'.



# Besonders billiges Angebot

1<sup>25</sup> 1<sup>90</sup> 2<sup>90</sup>

Sowelt Vorrat

<b>Trikot-Schlüpfer</b> für Damen, m. Raohfutter 1.25	<b>Damen-Hemd</b> Trägerform, mit Stickerel-Ansatz 1.25	<b>3 Handtücher</b> Gerstenkorn, gestümt u. gebündert 1.25	<b>1 Mtr. Rockflanell</b> zweifach gerührt 1.25
<b>Hemd hose</b> für Damen, fein gerippt, weiß 1.25	<b>Damen-Hemd</b> Trägerform m. Hohlsaum 1.25	<b>3 Küchen-Handtücher</b> 1.25	<b>2 Mtr. Blusenflanell</b> viele Muster 1.25
<b>Handschuhe</b> f. Damen, Glacleder imit., farb., m. Riegel 1.25	<b>Damen-Beinkleider</b> dazu passend 1.25	<b>4 Mtr. Handtuchstoff</b> Gerstenkorn 1.25	<b>1 Mtr. Lakenstoff</b> 130 cm br. 1.25
<b>Handschuhe</b> für Damen, reine Wolle, gestrickt, farb. 1.25	<b>Hemd hose</b> für Damen, mit Spitzen-Ein- und Ansatz . . . 1.25	<b>Mitteldecke</b> farbig bedruckt waschecht 1.25	<b>Schlafdecke</b> . . . . . 1.25
<b>Selbstblinder</b> in geschmackvollen modernen Mustern 1.25	<b>Untertaille</b> mit Stickerel-Ein- und Ansatz 1.25	<b>6 Taschentücher</b> Bettel, mit gestickt Ecke 1.25	<b>1 Mtr. Inlett rot, Kissenbreite</b> . 1.25
<b>Hosenträger</b> gut. Gummiband, m. Leder-u. Gummibies. 1.25	<b>Untertaille</b> mit Spitzen-Ein- und Blende 1.25	<b>12 Taschentücher</b> umhüllter Rand 1.25	<b>1 Mtr. Gardinenstoff</b> 88 b. 100 cm br. 1.25
<b>Damen-Hemd</b> volle Achsel mit Stickerel 1.25	<b>3 Wischtücher</b> Gr. 60x60, gestümt u. gebünd. 1.25	<b>6 Taschentücher</b> für Herren bunter Rand 1.25	<b>Gummischürze</b> gemustert . 1.25

## Winter-Trikotagen Schlüpfer, Herren-Unterbeinkleider u. Hemden 1.25

<b>Drelltisch Tuch</b> Gr. 110/150 cm 1.90	<b>1 Mtr. Inlett rot, Deckbettbreite</b> 1.90	<b>Garnitur</b> Hosenträger u. Seldengummi mit passendem Sockenhalter 1.90	<b>Wollkrepp</b> 100 cm breit, Meter 1.90
<b>6 Küchenhandtücher</b> grau weiß 1.90	<b>Schlafdecke</b> . . . . . 1.90	<b>Schnallenstiefel</b> f. Dam. u. Herr. Ledersohle 1.90	<b>Damen-Hemd</b> volle Achsel Stickerel-Ansatz 1.90
<b>4 Stubenhandtücher</b> Gerstenkorn 1.90	<b>Tüll-Halbstores</b> gewebt Größe 130/220 1.90	<b>Plüsch-Schnurstiefel</b> Gr. 26-30 1.90	<b>Damen-Hemd</b> Trägerform Spitzen-Einsatz 1.90
<b>2 Frottierhandtücher</b> bunt gestr. 1.90	<b>Küchendecke</b> Wachstuch, starke Ware, 60/100 cm 1.90	<b>Herren-Handschuhe</b> reine Wolle 1.90	<b>Damen-Hemd hose</b> Spitzen u. Ansatz 1.90
<b>6 Taschentücher</b> m. Hohlsaum für Herren 1.90	<b>Tischdecke</b> Wachstuch, Damast, Napkin, Größe 110/160 1.90	<b>Herren-Handschuhe</b> ganz gefüllt 1.90	<b>Damen-Hemd hose</b> mit Stickerel 1.90
<b>12 Taschentücher</b> Linon, weiß funktionsfähig 1.90	<b>Jumper-Schürze</b> gestreift, Olingham, m. Besatz 1.90	<b>Damen-Handschuhe</b> reine Wolle 1.90	<b>Untertaille</b> mit Stickerel- und Spitzen-Einsatz 1.90
<b>Halbleinen</b> für Laken, 160 cm breit Meter 1.90	<b>Unterbeinkleid</b> für Herren, grau Trik., weiß, Futter 1.90	<b>Damen-Handschuhe</b> farbig gefüllt 1.90	<b>Drelltisch Tuch</b> Gr. 130/130 cm 1.90

## Drell-Tisch Tuch Größe 150x150 cm 1.90 4 Servietten dazu passend 1.90

<b>Tischtuch</b> Jacquard, prima Halb-leinen, Gr. 130x150 cm 2.90	<b>2 Mtr. Haustuch</b> schwere Ware 140 cm breit 2.90	<b>Leder-Niedertreter</b> gefüttert 2.90	<b>Untertaille</b> mit Stickerel u. Spitzen reich garniert 2.90
<b>Drell-Tischtuch</b> vollgebleicht Gr. 130x130 2.90	<b>Schlafdecke</b> schwere Qualität 2.90	<b>Hausschuhe</b> Kamelhhaarart, Filz- und Ledersohle 2.90	<b>Schotten</b> reine Wolle, hübsche Ausmusterung, 95 cm br., Mtr. 2.90
<b>6 Taschentücher</b> für Herren Hohlsaum 2.90	<b>Fenster-Garnitur</b> gewebt Tüll dreifach 2.90	<b>Handschuhe</b> für Damen, Leder braun und grau 2.90	<b>Wollserge</b> besond. schwere Qual. 100 cm breit, Meter 2.90
<b>4 Meter Makobatist</b> . . . 2.90	<b>Tülldecke u. Läufer</b> Spitzen-Charakter 2.90	<b>Damenhemd</b> mit Stickerel-Ansatz und Motiv 2.90	<b>Tuch</b> reine Wolle, 100 cm breit, Meter 2.90
<b>4 Meter Rohnessel</b> f. zwei 2.90	<b>Tischdecke</b> Napkin, mit bunter Karte, Gr. 85x115 2.90	<b>Damen-Beinkleid</b> dazu pass. 2.90	<b>Foulétuch</b> reine Wolle, 100 cm breit Meter 2.90
<b>4 Meter Köperbarchent</b> 2.90	<b>Jumperschürze</b> schwarz Panama 2.90	<b>Damenhemd</b> mit Stickerel und Spitzen reich garn. 2.90	<b>Eollenne</b> Wolle mit Seide doppelbreit, Meter 2.90
<b>2 Meter Barchent</b> für Laken 130 cm br. 2.90	<b>Trikotschlüpfer</b> (Damen) Kunstseide, Raohfutt. 2.90	<b>Nachthemd</b> für Damen, m. Spitzen-Ein- und Ansatz 2.90	<b>Marine-Twill</b> schwere Qualität Meter 2.90

*Einladung zum Jubiläum* „Pfeifföhnbau, oder das Königsfest beim Königs Jünglings“

# A. Wertheim Rosenthaler Straße

### Betten

Deckbetten	12.-	24.-	41.-	58.-
Unterbetten	10.-	15.-	22.-	45.-
Kopfkissen	4.-	7.-	12.-	19.-
Stappdecken	15.-	18.-	18.-	20.-
Daunendecken	48.-	60.-	86.-	95.-
Metalbetten	15.-	18.-	22.-	27.-
3tig. Matr. u. Kellik.	15.-	18.-	24.-	28.-

**Bettenhaus A. Schonert**  
Oranienstraße 12 - Eckhaus Heinrichplatz

### Tapeten 25, 30, 35 Pfg.

Riesenauswahl.  
herrliche Muster, Linoleum u. Wachstuche, Cocosmatten nur bester Qualität in großer Auswahl.  
**R. Lode, Artilleriestraße 36a**  
Ecke Elsäßer Straße  
Vorzeiger erhält 5 Prozent Rabatt.

Frische Junge Fettgänse 1.10  
1.25  
allererste Qualität.  
Wegner, Berlin 50.  
Mariannenstr. 34.

### Küchen-

Spez. - Verkauf, eig. Werkstatt, Lackierung, erstklassige Ausführung in lackiert, lackiert und roh von  
**Mk. 52,- an**  
Auch Einzelteile werd. abgegeben  
**Neugebauer & Co.**  
Wilmersdorf Str. 118, 1. Etage, Ecke Schillerstr. (Eingang Schillerstr.)

### Photoapparate, Feldstecher

kaufen Sie gut und preiswert im  
**Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuser Damm 98**

### J. Baer, Berlin N20

Badstraße 26, Ecke Prinzenallee

### Neuheiten

für  
**Herbst und Winter**  
in  
Herren- u. Knabenmoden  
Fertig und nach Maß  
Joppen und Schlafrocke  
**Sport- und Berufskleidung**  
Trotz billiger Preise nur Qualitätsware

### Damen-Konfektions-

Haus  
**Hugo Ahronfeld**  
Gr. Frankfurter Str. 117 an der Andreasstr.

Praktische Wintermäntel 9<sup>75</sup> 10<sup>50</sup>  
Reinw. Flauchmäntel m. Pflschbenatz 14<sup>75</sup> 19<sup>75</sup>  
Reinw. Velourmantel mit Pelzkragen 26<sup>50</sup> 29<sup>75</sup>  
Astrachanmäntel 39<sup>50</sup> 49<sup>50</sup> | Seal-Pülschm. 49<sup>50</sup> 69<sup>50</sup> etc.  
Krimmermäntel 45<sup>50</sup> 59<sup>50</sup> | Ottoman-Mäntel 49<sup>50</sup> 59<sup>50</sup>  
Ottoman-Mäntel auf Damast 49<sup>50</sup> 59<sup>50</sup>

### Polstermöbel

in allen Preislagen, ab Fabrik, bei Tezzahlung kein Aufschlag.  
**Sommer, Schöneberg, Hauptstr. 151**  
Golitzstr. 44. Vorzeiger dieses erhält 5 Prozent Rabatt.

### Auf Teilzahlung!

Herren- Garderobe  
Damen- Garderobe  
Mäntel, Ulster, Paletots, Anzüge, Joppen.  
**MÖBEL**  
Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer, Küchen, Einzelmöbel, Federbetten.  
**Aniel, Gr. Frankfurter Str. 34**  
Strausberger Platz

### Küchen

jetzt bedeutend billiger

Erk-Küchen	40 N.	70 N.
Küchen-Häbe dazu	70 N.	110 N.
Küchen-Häbe dazu	95 N.	145 N.
Küchen-Häbe dazu	125 N.	175 N.
Küchen-Häbe, mit 90 cm	35 N.	
anliefern	50 N.	

Ausstellung feiner rheinischer Küchen.  
**Hödenmöbel-Haus**  
**Laserslein, Luckauer Straße 1**  
Ecke Oranienstr., nahe Kottbusplatz

# Billige Ulster- und Paletot-Angebote!

Nur Qualitätswaren!		Tadellose Verarbeitung!	
<b>Herren-Ulster</b> dunkel, gemustert, mit Überkaro, einz. Gr. 36.00 <b>32<sup>00</sup></b>	<b>Herren-Ulster</b> aus schw. Gahardine- und Cheviotstoffen 68.00 <b>65<sup>00</sup></b>	<b>Herren-Paletots</b> halb. Stoffe, schw. u. mar. 50.00, 49.00 <b>42<sup>00</sup></b>	<b>Gehrock-Paletots</b> „Die gr. Mode“ schw. u. mar. 60.00, 54.00 <b>45<sup>00</sup></b>
<b>Herren-Ulster</b> mit Gestr. u. Falte, moderne Farben . . . . . <b>42<sup>00</sup></b>	<b>Herren-Ulster</b> gute Mergen-Qualitäten . . . . . <b>78<sup>00</sup></b>	<b>Herren-Paletots</b> Eck. u. Melton m. Steppfutt. 75.00, 69.00 <b>62<sup>00</sup></b>	<b>Gehrock-Paletots</b> neuest. Form, u. hellste Brust gest. 95.00, 88.00 <b>75<sup>00</sup></b>
<b>Herren-Ulster</b> schwere Qualitäten, mit ang. Futter . . . . . <b>54<sup>00</sup></b>	<b>Herren-Ulster</b> Ersatz für Maß*, beste Ausführung . . . . . <b>86<sup>00</sup></b>	<b>Herren-Paletots</b> „Maß-Ersatz“, beste Qual. 98.00, 85.00 <b>78<sup>00</sup></b>	<b>Sport- und Geh-Pelze</b> besonders preiswert!

Reichhaltiges Lager in Straßen-, Sport- und Gesellschafts-Anzügen

# S. JOSEPH, Schöneberg, Hauptstraße 1

Ecke Grunewaldstraße